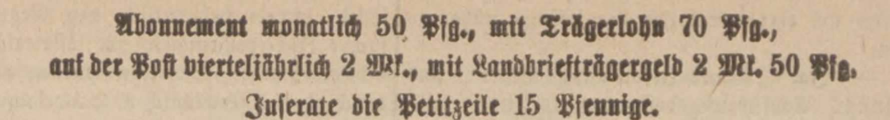
Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.


Abonnement monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Donnerstag, den 16. Februar 1888. Nr. 79.

Vom Kronprinzen.

Berlin, 15. Februar.

Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht in seiner heutigen Nummer folgendes Bulletin:

San Remo, 15. Februar, 10 Uhr 35 Minuten Nachmittags. Der lokale und allgemeine Zustand Sr. kaiserlichen und königlichen Hoheit des Kronprinzen ist derselbe wie am gestrigen Tage. Der Schlaf war zuweilen durch Kopfschmerzen unterbrochen. Se. kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz verließ um die Mittagsstunden wieder das Bett und nahm feste Nahrung zu sich.

Mackenzie. Schrader. Krause. Hovell. v. Bergmann. Bramann.

Das offiziöse Telegraphen-Bureau verbreitet folgende Meldung:

San Remo, 14. Februar, Abends 11 Uhr. Der Kronprinz ist überaus wohl und genoß feste Speisen mit Appetit. Es zeigten sich weder Fieber- noch andere ungünstige Erscheinungen.

London, 15. Februar, früh. Das Hofjournal meldet, der Königin gingen fortgesetzt die günstigsten Berichte über den Kronprinzen zu.

San Remo, 15. Februar, Vorm. 10 Uhr. Der Kronprinz hatte keine gute Nacht und klagte über Kopfweh, im Uebrigen ist der Zustand jedoch vollkommen befriedigend. Dr. Mackenzie bleibt heute noch hier.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

19. Plenarsitzung vom 15. Februar.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um $11^1/_4$ Uhr.

Am Ministertische: Dr. Friedberg und Kommissare.

Eingegangen ist der Rechenschaftsbericht über die Verwendung der Bestände des Hinterlegungsfonds pro 1887.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Berathung des Justizetats.

Bei Kapitel 72 der Ausgaben „Justizprüfung-Kommission" bringt

Abg. Hagens (natlib.) den Wunsch zur Kenntniß der Regierung, ebenso wie die Verwaltungsbeamten mit Justizangelegenheiten beschäftigt sind, auch die Justizbeamten den Verwaltungs-Angelegenheiten nicht fernzuhalten. Der Wunsch sei berechtigt, da doch z. B. die Gerichte über die Kompetenz zu entscheiden hätten.

Abg. Windthorst (Zentr.): Der übermäßige Zudrang zu der Justizkarriere sei eine wahre Landeskalamität, besonders da die Juristen bei ihrer Ausbildung nicht das nöthige Maß von Fleiß aufwenden. Es sei deshalb nöthig, von dieser Stelle aus die jungen Leute zu warnen, sich der Justizkarriere zuzuwenden. Ueberhaupt seien die gelehrten Fächer so überfüllt, daß die Eltern besser thäten, ihre Söhne mehr ein Gewerbe lernen zu lassen. Die Studenten verwenden auf der Universität nicht genug Fleiß, sondern treiben allerhand Allotria. Deshalb müsse er die jungen Leute energisch daran mahnen, zu arbeiten und ihre Erholung nicht in den Gasthäusern zu suchen. Als er 1867 nach Preußen gekommen sei, sei er wahrhaft erschreckt gewesen von der traurigen materiellen Lage des preußischen Justizwesens; er habe nach Kräften zu bessern gesucht, und da habe er denn die sonderbare Erfahrung gemacht, daß die altländischen Beamten nicht etwa ihre eigenen Gehälter hätten aufbessern, sondern die höheren Gehälter der übernommenen hannoverschen Beamten herabdrücken wollen.

Abg. Dr. Friedberg (natlib): Die Aeußerungen des Vorredners über den Fleiß resp. Unfleiß der Studirenden könne er nicht unterschreiben. Ein Uebelstand liege auch zum großen Theil in der akademischen Freiheit. Er habe das Vertrauen, daß die Anregungen, die von diesem Hause von Zeit zu Zeit gegeben würden, auf die akademische Jugend von gutem Einfluß sein würden. Sehr befremdend sei die gestrige Aeußerung des Abg. v. Meyer-Arnswalde über die Einpauker gewesen; man könne doch nicht bei solchen von Wissenschaftlichkeit reden.

Abg. Dr. Windthorst (Zentrum) hält seine Behauptungen dem Abg. Dr. Friedberg gegenüber aufrecht.

Abg. Dr. Dünkelberg (natlib.) hält es nicht für wünschenswerth, junge Gerichtsassessoren in Verwaltungssachen arbeiten zu lassen.

Die Diskussion wird geschlossen, das Kapitel bewilligt.

Kap. 73, „Oberlandesgerichte", wünscht

Abg. Uhlendorf (deutschfreis.) ein neues Gebäude für das Oberlandesgericht in Hamm. Die Nothwendigkeit des Neubaues sei längst anerkannt.

Geh. Justizrath Starke: Es sei nicht zu bestreiten, daß der Wunsch des Vorredners berechtigt sei; der Justizminister würde jedenfalls für Abhülfe sorgen.

Abg. Dr. Windthorst: Es sei überhaupt erst zu erwägen, ob ein Oberlandesgericht in Hamm nothwendig sei.

Das Kapitel wird bewilligt.

Bei Kapitel 74, „Landgerichte und Amtsgerichte", hält

Abg. v. Czarlinski (Pole) seine gestrigen Beschwerden über Unterdrückung der polnischen Sprache und über die polizeiliche Willkür in den polnischen Landestheilen bei den Haussuchungen und Beschlagnahmen von Büchern aufrecht.

Abg. Hagens erwidert, daß die Gerichte auch in den polnischen Landestheilen sich streng an die Gesetze halten. Wie sehr die Regierung sich der polnischen Sprache annehme, beweise der Umstand, daß in dem Etat eine Zulage für richterliche Beamte ausgesetzt sei, die der polnischen Sprache mächtig seien.

Abg. Pleß (Zentrum) bittet um Abschaffung der Gefängnißarbeit, deren sich jetzt schon die Spekulation bemächtigt habe und die dem freien Staatsbürger den Erwerb des Unterhalts erschwere; die sozialdemokratischen Illusionen würden durch die Gefängnißarbeit nur vergrößert.

Abg. Czwalina (deutschfreis.): Das Urtheil des Abg. Hagens über den Richterstand in den Ostprovinzen würde noch reiner gewesen sein, wenn es von einem Laien gefällt wäre (Heiterkeit.) Als Bewohner der dortigen Gegend müsse er aber doch auch dem Abg. v. Czarlinski gegenüber betonen: der Richter in seiner Heimath sehe es ebenso wie in allen anderen Provinzen als seine erste Pflicht an, der Wahrheit allein die Ehre zu geben. (Sehr richtig! links.) Die Stellung der Richter in den Ostprovinzen ist eine sehr schwierige. Er meine, nicht die Zahl der Dolmetscher solle vermehrt werden, sondern die Qualifikation derselben sei zu verbessern, z. B. für dieselben das zurückgelegte Referendariats-Examen zu verlangen. (Beifall links.)

Justizminister Dr. Friedberg: Die Vertheidigung des Abg. Czwalina gegen die Angriffe des Abg. v. Czarlinski nehme er sehr dankbar hin. Den Wunsch des Abgeordneten über die bessere Qualifikation der Dolmetscher theile er vollkommen, aber er könne das Material dafür nicht bekommen, da Jemand, der das Referendarexamen bestanden, sich schwerlich dem Dolmetscherberuf in der Provinz Posen zuwenden werde.

Das Kapitel wird bewilligt.

Bei den „einmaligen und außerordentlichen Ausgaben" weist der

Abg. Wolff (kons.) auf die Diensterschwerung hin, die hier in Berlin den Richtern und Anwälten durch die weite Entfernung der Dienstgebäude der Amtsgerichte und Landgerichte von einander erwachse. Er bitte, auf dem fiskalischen Terrain der Neuen Friedrichstraße ein passendes einheitliches Dienstgebäude zu errichten.

Regierungskommissar Geheimer Oberjustizrath Starke: Die Regierung beabsichtige auch, auf dem fiskalischen Terrain ein Dienstgebäude zu errichten; nur könne er noch nicht sagen, wann zum Bau werde geschritten werden können. In Bezug auf die räumliche Entfernung lasse sich ja nichts ändern, da das in den Verhältnissen der Großstadt liege.

Abg. v. Meyer-Arnswalde (kons.): Die Herren Rechtsanwälte könnten ja mit der Pferdebahn fahren oder, wenn sie das nicht wollten, zu Fuß gehen, was für den Unterleib sehr gesund sein soll. (Heiterkeit.)

Der Rest dieses Etats des Justizministeriums wird ohne weitere Debatte genehmigt.

Es folgt der Etat des Kriegsministeriums, einmalige und außerordentliche Ausgaben.

Abg. Lehmann (Zentr.) bittet um dauernde Pflege der Gräber der Gefallenen bei Spichern und schließt sich hierbei den Vorschlägen in der „Kölnischen Zeitung" an. Er wünscht, daß der Minister im Reich dafür Mittel flüssig mache.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Es gebe schon einen Fonds für Erhaltung der Gräber der Gefallenen. Die Denkmäler, die von Regimentern Offizieren gesetzt seien, und andere Spezialdenkmäler müßten auch den Betreffenden zur Pflege überlassen werden. Die Militärverwaltung könne nur die Pflege für diejenigen Grabstätten und Denkmäler, die auf Staatskosten hergestellt seien, übernehmen. Die Wege zu diesen Stellen würden wohl auch gangbar sein, da die Soldaten dieselben 1870 im dichtesten Kugelregen haben gehen müssen. (Beifall.) Den Anregungen des Vorredners in Bezug auf die Grabstellen in Spichern werde er möglichst Rechnung tragen.

Der Etat wird bewilligt.

Der Etat des Herrenhauses wird ohne Diskussion genehmigt.

Beim Etat des Abgeordnetenhauses bittet der Abg. Olzem (natlib.), daß den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses eine mäßige Zahl Plätze auf der Tribüne des Reichstages reservirt werde, wie hier den Mitgliedern des Reichstages eine Tribüne zur Verfügung stehe. (Beifall.)

Der Präsident erklärt, daß er mit dem Präsidium des Reichstages darüber Rücksprache halten werde. (Beifall.)

Der Etat wird bewilligt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Freitag 11 Uhr.

Tagesordnung: Regulirung der Weichsel.

Schluß 3 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 15. Februar. Im Laufe des heutigen Vormittags nahm der Kaiser zunächst den Vortrag des Ober-Hof- und Hausmarschalls Grafen Perponcher entgegen und arbeitete Mittags längere Zeit mit dem Chef des Zivil-Kabinets, Wirklichen Geheimen Rath von Wilmowski. Nachmittags empfing Se. Majestät den aus Paris hier eingetroffenen Militär-Attachee bei der kaiserlich deutschen Botschaft in Paris, Major Freiherrn von Hoiningen, genannt von Huene, und unternahm, begleitet vom Flügel-Adjutanten Oberst-Lieutenant von Petersdorff, eine Spazierfahrt. Am gestrigen Tage hatte der Kaiser auch noch einen längeren Vortrag des Polizei-Präsidenten Freiherrn von Richthofen im königlichen Palais entgegengenommen.

— Die Deputation des russischen Infanterie-Regiments „Kaluga" trifft bereits morgen früh $6^1/_4$ Uhr aus Rußland hier ein und nimmt im Hotel „Kaiserhof" Wohnung.

— Eine Privatdepesche der „N. A. Ztg." aus Kiel vom heutigen Tage meldet das Ableben des Lantags-Marschalls für Schleswig-Holstein, Grafen Chr. Emil H. J. zu Rantzau-Rastorf. Der Verstorbene war am 12. Juli 1827 geboren und mit einer geb. Gräfin von Reventlow vermählt.

— Der „Staatsanzeiger für Würtemberg" veröffentlicht nachfolgendes Bulletin über das Befinden des Königs:

Am Montag fand eine leichte Steigerung des Fiebers statt; Dienstag verlief in Folge der Hustenanfälle unruhig. Die Mattigkeit des hohen Patienten ist anhaltend, ebenso die Appetitlosigkeit.

— Der Gouverneur von Berlin, General der Infanterie von Werder, wird in etwa acht Tagen nach Petersburg reisen, um dort einen vierwöchentlichen Urlaub zuzubringen. Der Zar hatte bei seiner Durchreise am 18. November, wie bereits gemeldet, diesen vertrauten Rathgeber seines Vaters zu einem Besuche mündlich eingeladen und er hat vor Kurzem diese Einladung erneuern lassen. General von Werder wird derselben nunmehr um so lieber Folge leisten, als er gleichzeitig reiche Gelegenheit haben wird, seine guten Beziehungen zur Petersburger Gesellschaft wieder aufzufrischen. Eine politische Aufgabe ist mit dieser Reise nicht verbunden.

— In den letzten Tagen brachten einige hiesige Blätter die Nachricht, daß der General-Quartiermeister Graf Waldersee für den Fall eines Krieges der verbündeten Mächte als Chef des Generalstabes des österreichisch-ungarischen Heeres bezeichnet sei und schon an den vor einigen Wochen in Wien unter Vorsitz des Kaisers Franz Joseph stattgefundenen militärischen Berathungen theilgenommen habe. Wenn diese Nachrichten auch bald darauf widerrufen wurden, so war man in hiesigen militärischen Kreisen doch darüber sehr erstaunt, daß derartige, sachlich so unmögliche Behauptungen überhaupt Eingang in die Presse finden konnten. Der Reichskanzler hat in seiner großen Rede ausdrücklich darauf hingewiesen, daß durch das abgeschlossene Bündniß die inneren Interessen der Reiche der beiden Verbündeten nicht berührt werden. Zu den eigensten Interessen eines Staates ist doch aber wohl ganz sicherlich die Führung seines Volkes und damit auch seines Heeres zu rechnen. Der Generalstab des österreichisch-ungarischen Heeres gehört — dies ist in der ganzen Welt sattsam bekannt — zu den besten militärischen Einrichtungen desselben. Seine Offiziere haben sich auf allen Gebieten militärischer Thätigkeit sowohl im praktischen Dienst, was die jährlichen Manöver bezeugen, als auch in der Militär-Literatur und Kartographie hervorgethan. Ist somit für die Entsendung eines preußischen Offiziers als Generalstabs-Chef weder eine Berechtigung noch eine Nothwendigkeit vorhanden, so ist es völlig unhaltbar, von der Theilnahme irgend eines Offiziers an Berathungen zu sprechen, welche im Frieden immer nur rein österreichisch-ungarische Angelegenheiten behandeln können. Sollte nämlich wirklich einmal eine gemeinschaftliche Kriegsführung nöthig werden, so kann doch kein Mensch schon jetzt die militärischen Verhältnisse voraussehen, unter denen diese Möglichkeit dann eintritt. Diese Verhältnisse hängen bekanntlich insonderheit von den Anordnungen des Gegners ab, sind daher zunächst unbestimmbar und schließen somit vorherige Verhandlungen selbstverständlich aus.

— Seitdem Graf Schuwalow aus Petersburg zurückgekehrt ist und eingehende Besprechungen mit dem Reichskanzler und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts gehabt hat, ist man in hiesigen diplomatischen Kreisen vor allem darauf gespannt, zu hören, wie weit Rußland sich nunmehr entschlossen hat, mit seinen eigenen Vorschlägen zur Lösung der bulgarischen Frage hervorzukommen. Fürst Bismarck hat am 6. Februar ausdrücklich erklärt, sobald Rußland den Wunsch ausspreche, werde er die diplomatischen Schritte, welche Rußland eben thun kann, um seinen Einfluß auf Bulgarien wieder zu gewinnen, insbesondere also die russischen Schritte zur Herstellung der vertragsmäßigen Lage in Bulgarien bei dem Sultan mit Bereitwilligkeit diplomatisch unterstützen. Er betonte dabei, daß die deutsche Regierung nicht mehr wie früher bemüht sein werde, russische Wünsche auf vertrauliche Andeutungen hin zu erfüllen, ihnen gewissermaßen in der Erfüllung voranzugehen, sondern daß sie das Aussprechen bestimmter Wünsche abwarten werde. Das ist um so bedeutungsvoller, als in der That die bisherigen Wünsche, soweit sie überhaupt aus der russischen Presse und den gelegentlichen Aeußerungen gewisser russischen Diplomaten erkennbar waren, weit weniger auf die Lösung der bulgarischen Frage im russischen Sinne als auf Stiftung von Unfrieden und Zwietracht zwischen den drei verbündeten Mächten abzielen. Aus den jüngsten Veröffentlichungen über das österreichisch-italienische Bündniß geht hervor, daß die beiden Regierungen von Oesterreich-Ungarn und Italien sich verpflichtet haben, in der bulgarischen Frage nur gemeinsam verabredete Schritte zu unternehmen. Rußlands Aufgabe muß es also zunächst sein, einen Boden zu finden, der unter Berücksichtigung des vom Berliner Kongreß geschaffenen vertragsmäßigen Zustandes es Oesterreich und Italien möglich macht, in eine neue Lösung der bulgarischen Frage einzuwilligen. Die nächsten Tage werden vielleicht verrathen, ob die neuen russischen Vorschläge, die Graf Schuwalow nach Berlin überbracht haben wird und die im Voraus der deutschen diplomatischen Unterstützung so lange sicher sein können, als sie sich im Rah-

men des Berliner Vertrages bewegen, geeignet erscheinen können, die bulgarische Frage wenigstens um einige Schritte der Lösung näher zu rücken.

— Im „Armee-Verordnungs-Blatt“ sind vorläufige Ausführungsbestimmungen und militärische Ergänzungsbestimmungen zu dem Gesetz betreffend Aenderungen der Wehrpflicht vom 11. Februar d. J. veröffentlicht worden.

— Das Gesetz betreffend Aenderungen der Wehrpflicht hat auch eine neue Eintheilung der Landwehr-Bezirke im Gefolge. Dabei kommt die bisherige Eintheilung in Landwehr-Regimenter und -Bataillone, mit Ausnahme bei der Garde, in Fortfall, und treten an Stelle derselben die den Infanterie-Brigaden u. s. w. direkt unterstellten Landwehr-Bataillonsbezirke. An Stelle der bisherigen Bezeichnung der Landwehr-Bezirkskommandos tritt die kurze Benennung nach dem Stabsquartier, z. B. „Bezirkskommando Königsberg“. Der Kommandeur führt den Diensttitel: „Kommandeur des Landwehr-Bataillons-Bezirks Königsberg“. Aus dem Verzeichniß der neuen Landwehr-Bezirke ersehen wir, daß bedeutende Aenderungen der Stabsquartiere nicht vorgenommen sind, es wird nur das Bataillon, das bisher in Preuß.-Holland sein Stabsquartier hatte, am 1. April c. nach Braunsberg und das Bataillon, das bisher in Attendorn stand, nach Siegen verlegt. In Berlin werden sich, wie bisher, 2 Landwehr-Regimentsbezirke (1. und 2.) befinden, ebenso wird in Breslau der eine der beiden dort stehenden Landwehrbezirke und der in Köln stehende Landwehrbezirk als Regiment formirt, während alle übrigen Bezirks-Kommandos in Bataillons-Bezirke verwandelt werden. Die Offiziere und Stammmannschaften der Bezirkskommandos, ebenso die Offiziere der Provinzial-Landwehr-Infanterie und alle aus dem betreffenden Landwehr Bataillons-Bezirk im Mobilmachungsfall hervorgehenden Infanterie-Formationen tragen statt der bisherigen Regimentsnummer die Nummer ihrer Infanterie-Brigade. Es werden also im Bereich des 3. (brandenburgischen) Armeekorps die Bezirke Frankfurt a. O., Küstrin, Landsberg a. W. und Woldenberg die Nummer 9, die Bezirke Krossen, Sorau, Kalau, Kottbus die Nummer 10, und die Bezirke Potsdam, Jüterbog und Brandenburg die Nummer 11 führen; letztere Nummer trägt auch ausnahmsweise der eigentlich zur 3. Landwehr-Inspektion gehörende Bezirk Teltow, während die Offiziere 2c. der beiden Landwehr-Regiments-Bezirke Berlin 1. und 2., ebenso wie die der Bezirkskommandos der 49. und 50. (1. und 2. großherzoglich hessischen) Brigade gar keine Nummer führen. Im Mobilmachungsfalle haben die Offiziere, die anderen von der Landwehr formirten Regimentern zugetheilt werden, die Uniform letzteren Regiments anzulegen.

— Die gesteigerten Anforderungen, welche Deutschland in militärischer Beziehung zu stellen genöthigt ist, verfehlen nicht, ihren Einfluß auf die Lebensversicherung geltend zu machen. So hat sich die „Lebensversicherungsbank für Deutschland in Gotha“ entschlossen, von nun an das Kriegsrisiko für ihre Versicherten ohne jede Gegenleistung zu übernehmen, soweit dieselben auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht zum Kriegsdienste herangezogen werden. Nur von Berufs-Kombattanten soll auch ferner eine mäßig bemessene jährliche Kriegs-Zuschlagsprämie erhoben werden.

Die „National-Zeitung“ begrüßt diesen Entschluß als einen wesentlichen Fortschritt und erklärt, der Erlaß des neuen Wehrgesetzes mache es in der That dringend wünschenswerth, daß alle deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaften diesem Beispiele folgen.

— Die deutschfreisinnige Fraktion des Abgeordnetenhauses hat nachstehenden Gesetzentwurf betreffend Abänderung des Gesetzes über die Erweiterung, Umwandlung und Neuerrichtung von Wittwen- und Waisenkassen für Elementarlehrer vom 22. Dezember 1869 eingebracht: Die Beiträge und Antrittsgelder, welche gemäß § 3 des Gesetzes über die Erweiterung, Umwandlung und Neueinrichtung von Wittwen- und Waisenkassen für Elementarlehrer vom 22. Dezember 1869 bisher an öffentlichen Volksschulen zu leisten waren, werden vom 1. Juli 1888 ab auf allgemeine Landesmittel übernommen.

— Für die kaiserliche Marine ist der Lloyddampfer „Kronprinz Friedrich Wilhelm“ gechartert worden. Derselbe wird, wie die „Nordsee Zeitung“ schreibt, Ende April in Wilhelmshafen verschiedene Ablösungskommandos der Marine an Bord nehmen, um dieselben nach Aden bezw. Singapore zu befördern, wo sie die Besatzungen der dort stationirten Kriegsschiffe abzulösen haben. Es sind mehr als 400 Mann. Die abgelösten Kommandos wird der „Kronprinz Friedrich Wilhelm“ wieder nach Wilhelmshafen zurückbringen.

Bochum, 12. Februar. Unsern Innungen ist groß Heil widerfahren; die Regierung in Arnsberg hat ihnen, und zwar der Barbier- und Friseur-Innung, der Schuhmacher-Innung, der Baugewerken-Innung und der Fleischer-Innung, das Privileg des § 100e Nr. 3 der Gewerbeordnung verliehen (Lehrlings-Privileg). Das ist eine Frucht der vorjährigen Ausstellung von Lehrlingsarbeiten unserer Innungen, welche von der Tüchtigkeit unserer Handwerksmeister das beste Zeugniß ablegte.

Ausland.

Wien, 13. Februar. Das durch die Gewährung außerordentlicher Frachtermäßigung seitens der Nordbahn ermöglichte Kohlengeschäft zwischen der Südbahn und den Herren David und Wilhelm Gutmann bezw. dem Hause Rothschild bildete bekanntlich den Gegenstand mehrfacher Interpellationen im österreichischen Abgeordnetenhause. Dieselben wurden am 7. Februar durch den österreichischen Handelsminister in eingehender, sachlicher Weise beantwortet. Aus der längeren Rede des Handelsministers geht deutlich hervor, daß die Regierung von diesem Geschäfte durchaus nicht erbaut ist, daß es ihr jedoch an Handhaben fehlt, auf die Regelung von Verbrauchs-Materialien für die Südbahn-Gesellschaft bestimmenden Einfluß zu üben. Das Handels-Ministerium konnte nur die Veröffentlichung der Frachtermäßigung fordern; es wurde denn auch das Ansuchen der Nordbahn um Geheimhaltung abschlägig beschieden. Gegen die Frachtermäßigung selbst konnte das Ministerium seiner Ansicht nach keinen Einwand erheben, nachdem ein früherer Ministerialerlaß grundsätzlich anerkannt, daß die vom Standpunkte der gleichmäßigen Behandlung der Versender angefochtene Beschränkung der Frachtermäßigung auf Transporte zu Regiezwecken einer Eisenbahn als eine bei Frachtermäßigung zulässige Bedingung anzusehen sei. Die bevorstehende Interpellationsverhandlung dürfte übrigens den ganzen Gegenstand noch neuerlich und eingehend beleuchten. So viel steht indessen schon heute fest, daß das unter Begünstigung des Hauses Rothschild inscenirte Kohlengeschäft unter allen Umständen für die steirischen und krainischen Werke einen Entgang bereitet; mag es auch möglicherweise richtig sein, daß der Zeit viele Trifailer und Graz-Köflacher Aktien in den Händen eines unrühmlich bekannten Großunternehmens sind, so ändert dies nichts daran, daß die auf den Erwerb bei der steirischen und krainischen Kohlen-Industrie angewiesene Bevölkerung leidet, daß diese Werke einen Theil ihres natürlichen Absatzgebietes verlieren und daß bei Wiederholung ähnlicher Fälle die Allmacht der mährischen Kohle bezw. der Häuser Rothschild und Gutmann erzwungen wird. Ein hiesiges Blatt hat bereits angedeutet, daß man möglicherweise die südlichen Kohlenwerke schädigt, um sie billig in die Hand zu bekommen und um ein Rothschild-Gutmann'sches Kohlenmonopol innerhalb der Monarchie zu schaffen. Thatsache ist, daß namentlich in früherer Zeit die hiesige Industrie und Bevölkerung durch geheime Frachtermäßigung, welche die Nordbahn den Firmen Rothschild und Gutmann einräumte, bei dem Kohlenverbrauch gehörig ausgenutzt wurde. Die allgemeine öffentliche Meinung beschäftigt sich übrigens weniger mit dieser Einzelfrage selbst als damit, daß wieder einmal die ungeheure Macht des Hauses Rothschild zu Tage trat.

Amsterdam, 13. Februar. Die Regierung hat mit einem niederländischen Konsortium einen Vertrag wegen Uebernahme der Packetfahrt im indischen Archipel abgeschlossen, ein Vertrag, dem die Volksvertretung um so freudiger ihre Zustimmung geben wird, als durch denselben die Gefahr, daß das Unternehmen in englische Hände kommen könne, beseitigt ist. Der Sitz der Gesellschaft muß in den Niederlanden sein und in den Vorstand dürfen nur Niederländer aufgenommen werden, die Regierung bezahlt der Gesellschaft eine jährliche Unterstützung von 673,780 Gulden für 97,350 Meilen, welche in Jahresfrist zu befahren sind, und auch die Mehrzahl der dazu verwendeten Schiffe muß auf niederländischen Werften gebaut sein.

Der König, dessen Gesundheitszustand günstig ist, hat den englischen Gesandten Stuart, der sein Abberufungsschreiben übergab, und den siamesischen Gesandten, der ihm vorgestellt wurde, persönlich empfangen.

Paris, 13. Februar. Gestern war wieder Festtag in Paris. Die hohe Welt, Präsident Carnot und das diplomatische Korps speisten beim Senatspräsidenten Leroyer. Nach dem Essen war großer Empfang. Im Pariser Stadthause fand der zweite Ball des Gemeinderaths statt, zu dem diesmal 16,000, statt wie das vorige Mal 12,000 Einladungen ergangen waren. Der Zudrang war in Folge dessen ungeheuer, viele mußten unverrichteter Sache umkehren, manche Schleppe wurde eingebüßt und sieben Damen fielen in Ohnmacht. Das männliche Geschlecht drängte sich am dichtesten in der Bierhalle im unteren Stockwerk, wo der Gemeinderath 40 Hektoliter Bier zum Besten gab. Weniger stürmisch ging es auf dem militärischen Feste zu, das die Offiziere der Reserve und der Territorial-Armee im Hotel Continental veranstaltet hatten. Die Minister des Kriegs, der Marine und des Innern, ferner der General Saussier, der Gouverneur von Paris und viele andere Generäle waren zugegen. In der Großen Oper endlich war gestern der dritte Maskenball wiederum nichts als eine Ausstellung der Pariser Halbwelt. Das Wetter ist übrigens nicht günstig, es regnete fast den ganzen Tag und Prinz Karneval hat sich noch wenig blicken lassen. Der Karneval scheint vorläufig nur in einigen Journalistenschädeln zu spuken. Das zeigt in erster Linie der „Rappel“, wo August Vaquerie einen Artikel über Bismarck mit folgendem Vergleich zwischen dem großen Kanzler und — Castelar schließt: „Es giebt Zeitungen, welche der Ansicht sind, daß von den beiden großen Reden, welche in der letzten Woche gehalten wurden, diejenige, welche verdient wieder gelesen zu werden, die Castelars ist. Man begreift den Zorn Bismarcks ob dieser Verkürzung seiner Gottähnlichkeit, aber er hindert uns nicht zu glauben und zu sagen, daß ein bemerkenswerther Unterschied zwischen einem wunderbaren Haudegen und einem großen Manne besteht.“

Dutasta, Bürgermeister von Toulon, der nach Paris gekommen war, um der Berathung über das Marinebudget anzuwohnen, ist plötzlich geisteskrank geworden.

Paris, 14. Februar. Daß die Kammer gestern beinahe eine Ministerkrise hervorgerufen, beweist, da die Absicht, das Ministerium zu stürzen gar nicht vorlag, wie unsicher Tirards Stellung ist, die allen parlamentarischen Zufälligkeiten ausgesetzt. Freppels Ausspruch, daß man Elsaß durch Tonkin wiedererobern werde, erregte sehr gemischte Gefühle und wurde vorwiegend mit Aeußerungen des Mißfallens aufgenommen. Die meisten Blätter verschweigen die bezügliche Stelle.

London, 12. Februar. Nachdem Gladstone sich in ein Lammfell eingehüllt und, statt zu brüllen, sanft blökt, fehlt der Adreßerörterung der nöthige Schwung; daher denn die Verschleppungspartei mit Schmerzen dem nächsten Montag entgegensieht, wann Parnell seinen irischen Zusatzantrag einbringen wird. Der Antrag besagt, daß die Zwangsgesetzgebung der Regierung und deren Ausführung die Herzen der irischen Unterthanen Ihrer Majestät entfremdet und die Achtung vor dem Gesetz untergräbt. Um diesen Zusatzantrag wird — so vermuthet man — alles, was im Gladstoneschen Gemüthern von Unmuth über die Dinge in Irland aufgespeichert ist, losbranden. Auch hat Balfour noch vorgestern Oel in's Feuer gegossen, indem er hier in London, auf englischem Boden, während der Session und fast im geheiligten Bezirke des Sitzungspalastes selbst, zwei irische Abgeordnete verhaften ließ, die Herren Pyne und Gilhooly. Pyne ist jener schalkhafte Patriot, der den englischen Tyrannen selbst ein Lächeln ablockte, indem er sich in seinem irischen Schlosse verrammelte und sich von dessen Thurm in einem Korbe niederließ, so oft sich eine Schaar nationalligistischer Getreuen zeigte, die seiner Anfeuerung bedurfte. Vom Korbe aus, wie von einer Rednerbühne, sprach er ihnen Tröstung zu und entschwebte dann wieder nach oben. Vorgestern nun ereilte ihn endlich das Geschick in Gestalt von drei Polizisten, die sich auf ihn stürzten, als er aus seinem Wagen stieg, und ihm den Verhaftungsbefehl vorlasen, der nun schon drei Monate alt ist. Widerstand war vergebens. Er begnügte sich damit, gegen seine Verhaftung als einen Eingriff in die Rechte der Parlamentsmitglieder zu eifern, sintemal er schon auf der zweiten Stufe der zu dem Palast führenden Treppe gestanden, und fuhr dann in Begleitung eines Sergeanten nach der Euston-Station ab, um von dort über Holyhead, Dublin und Waterford nach Kilmacthomas zu reisen, wo er wegen Theilnahme an einer verpönten Versammlung im November vor Gericht gestellt werden wird. Heute Morgen langte er in Waterford an und ward auf dem Wege nach dem Gerichtshofe vom Bürgermeister und den Stadträthen festlich begleitet. Das zweite Parlamentsmitglied, welches vorgestern verhaftet ward, heißt Gilhooly, vertritt Cork und steht im schwarzen Buche wegen einer im Oktober gehaltenen Rede. Die arme Polizei war über sein Aussehen offenbar nicht ganz im Klaren, denn Nachmittags vergriff sie sich an Patrick O'Brien und war im Begriff, diesen als Gilhooly einzustecken, als ein dritter Polizist mit der Photographie des letzteren anlangte und den Irrthum aufklärte. Bald kam auch Gilhooly selbst und pflanzte sich lächelnd vor den Polizisten mit der Frage auf: „Warum verhaftet ihr mich denn nicht?“ Aber da er sich im Palasthofe hielt, war die Verhaftung unmöglich. Erst Abends, als er mit seinen Freunden nach der Sitzung Westminster verließ, ward er festgenommen; es entstand ein Auflauf; man ließ Home Rule hoch leben und Balfour sterben, bis Gilhooly in Scotland Yard verschwand. Er fuhr gestern Morgen in Begleitung eines Polizisten nach Irland ab.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 16. Februar. Die Vernichtung eines (unsauber, unleserlich 2c. gewordenen) Handelsbuches, dessen Führung resp. Aufbewahrung dem betreffenden Kaufmann gesetzlich oblag, hat trotz Ersetzung desselben durch eine wortgetreue Abschrift und Fortführung dieses neuen Buches nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 2. Strafsenats, vom 6. Dezember v. Js., im Falle des späteren Konkurses resp. der Zahlungseinstellung die Bestrafung wegen Bankerutts aus § 210 Z. 2 zur Folge.

— **Stettiner Gartenbau-Verein.** Versammlung am 13. Februar. Nach Eröffnung der Sitzung durch Herrn Koch erfolgte Verlesung des Protokolles der vorigen Sitzung und des Rechnungs-Revisions-Protokolles, auf Grund dessen dem Schatzmeister einstimmig Entlastung ertheilt wurde. Eine aus der Versammlung hervorgegangene Bemerkung, weshalb der Vorstand noch immer keinen Rechnungsabschluß über die Ausstellung vorgelegt habe, beantwortete Herr Dr. Dohrn dahin, daß es in der That ungewöhnlich sei, wenn vier Monate nach Schluß einer solchen Ausstellung eine Rechnungslegung nicht erfolgt sei. Es seien auch außerhalb des Vereins verschiedentlich Aeußerungen in solchem Sinne erfolgt und er nehme deshalb gern die Gelegenheit wahr, an dieser Stelle öffentlich Auskunft über den Stand der Sache zu ertheilen. Durch Kontrakt sei das Reichsschatzamt berechtigt gewesen, nach Schluß der Ausstellung und bei Uebergabe des Platzes die Einzäunung desselben zum Abbruchswerthe zu erwerben; ferner habe sich das Ausstellungs-Komitee im vorigen Frühjahr gegenüber der Reichskommission verpflichtet gehabt, den Erlös aus den dort geschlagenen Bäumen zur Anpflanzung anderer Bäume an geeigneten Stellen zu verwenden, wie dies vom Anlagenverein auf der anderen Seite der Grabowerstraße regelmäßig geschehe. Auf persönlichen Wunsch des Herrn Direktors des Reichsschatzamtes wegen anderweit schwebender Verhandlungen sei zunächst die Rückgabe des Platzes hinausgeschoben und mit der Anpflanzung von Bäumen längs der Moltkestraße begonnen worden. Dieser Anfang der Pflanzungen habe aber gezeigt, daß über Art und Umfang derselben zwischen dem Ausstellungs-Komitee und der Reichskommission so weit auseinandergehende Ansichten beständen, daß letztere die sofortige Rückgabe des Platzes verlangt hätte. Das sei geschehen unter gleichzeitiger Berechnung unsererseits über den Werth der Einzäunung und die für Abbruch 2c. entstehenden Kosten mit dem Anheimgeben, ob unter diesen Voraussetzungen nunmehr das Reichsschatzamt den Zaun erwerben wolle. Am 18. Dezember sei darauf der Gartenbau-Verein benachrichtigt worden, daß das Reichsschatzamt zwar den Zaun zu kaufen beabsichtige, aber in Aussicht genommen habe, eine besondere Abschätzung desselben durch einen Sachverständigen, Herrn Rathszimmermeister Kämmerling, vornehmen zu lassen. Da wir ohne weitere Benachrichtigung blieben, ersuchten wir vor einigen Tagen um geneigte Beschleunigung dieser Angelegenheit und erhielten jetzt die Auskunft, daß der Herr Reichsschatzsekretär den Ankauf des Zaunes davon abhängig gemacht habe, daß die polizeiliche Verfügung, nach welcher der Gartenbau-Verein Erlaubniß hatte, den Zaun nur bis September dieses Jahres stehen zu lassen, dahin abgeändert werde, daß der Zaun für die Dauer an der jetzigen Stelle bliebe. Eine bezügliche Entscheidung der Polizei-Direktion sei aber noch nicht eingegangen; der Gartenbau-Verein müsse sich daher in Geduld fassen, bis die Verhandlungen zwischen den verschiedenen Behörden in einer oder der andern Weise zu Ende geführt seien. Danach ergebe sich, daß ein Rechnungsabschluß zur Zeit unmöglich sei, was jedenfalls für das verantwortliche Komitee am allerunangenehmsten sei. Redner fügte hinzu, daß er diese unerfreuliche Mittheilung aber versüßen könne durch die Nachricht, daß ihm vor wenigen Tagen von maßgebender Stelle in Berlin die Zusicherung gemacht sei, daß der Ausstellungsplatz in seinem gegenwärtigen verbesserten Zustande dauernd erhalten bleiben solle, eine Nachricht, die sicher in der ganzen Stadt mit Befriedigung aufgenommen und dem Gartenbau-Verein ein bleibendes Andenken an seine Jubiläums-Ausstellung sichern werde.

Herr Obergärtner Eichholz (Konsul Kiskersche Gärtnerei) hatte eine mit zahlreichen herrlichen Blüthen bedeckte Coslogyne cristata ausgestellt, wofür ihm von den Preisrichtern eine Prämie zuerkannt wurde. Außerdem wurde Herrn Buchdruckereibesitzer Meyer (Firma A. Bornemann) für die gratis gelieferte elegante und geschmackvolle Ausstattung des diesjährigen Jahresberichtes der Dank der Versammlung ausgesprochen.

An die Sitzung schloß sich ein gemeinschaftliches Abendessen, an welchem sich 70 Personen betheiligten und welches in bester Stimmung verlief. Besonderen Anklang fand die Veranstaltung einer Gratisverloosung von zahlreichen blühenden und Blattpflanzen, geschmackvollen Blumenarrangements, Veilchenbouquets 2c., welche von Mitgliedern bereitwilligst gespendet worden waren und wofür denselben der wohlverdiente Dank ausgesprochen wurde.

Als Mitglied wurde Herr O. Teubner von hier angemeldet.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: 6. Vorstellung im 2. Zyklus. „Der Postillon von Lonjumeau.“ — Bellevuetheater: Zu ermäßigten Preisen (Parquet 75 Pf.). „Der Verschwender.“

Verantwortlicher Redakteur: W. Siever's in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Halle a. S., 14. Februar. Von einer heute hier tagenden Versammlung von Vertretern deutscher Privat-Salinen ist die Errichtung einer Salzkonvention beschlossen worden. Auch mehrere ausländische Werke hatten Vertreter zu der Versammlung entsandt.

Rom, 15. Februar. Die „Gazzetta ufficiale“ veröffentlicht das Gesetz betreffend die Reorganisirung des Ministeriums. In parlamentarischen Kreisen wird versichert, daß sämmtliche Minister mit Ausnahme des Unterrichtsministers auf ihren Posten bleiben werden.

Krakau, 14. Februar. Die „Nowa Reforma“ in Warschau meldet, daß General Korsakow-Dondekow zum Gouverneur von Warschau bereits designirt sei. General Gurko soll das Ober-Kommando der Generalate Warschau, Wilna und Kiew übernehmen. (Diese Meldung tauchte schon vor einiger Zeit auf, ohne sich damals zu bestätigen.)

Wasserstands-Bericht.

Stettin, 15. Februar. Im Hafen 0,60 Meter, im Revier 17 Fuß 9 Zoll. Wind: SO. — **Posen**, 14. Februar. Warthe: 1,28 Meter. — **Breslau**, 14. Februar. Oberpegel 4,58 Meter, Mittelpegel 3,10 Meter, Unterpegel 0,30 Meter unter Null.